Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 25 | Hamburg, den 18. Juni 1920 | 5. Jahrg.

Inhalt:

Preisabbau und Produktion ..... Seite 361
England und die Goldwährung ..... „ 363
Länder-Berichte:
England ..... „ 364
Persien ..... „ 366
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... Seite 368
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 370
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 372

Preisabbau und Produktion

Die Regierung hat sich dafür entschieden, die Ausfuhrabgabe beizubehalten und nur ihre Sätze von Fall zu Fall einer Nachprüfung zu unterwerfen. Diese Hartnäckigkeit ist zwar nicht zu verteidigen, wohl aber zu verstehen. In mühevoller Arbeit ist ein großer Apparat geschaffen worden, und nun, da er in Funktion treten soll, lassen äußere Umstände seine Tätigkeit als unzweckmäßig erscheinen. Gewiß muß es seinen Schöpfern schwer fallen, die Folgerung aus den neueingetretenen Verhältnissen zu ziehen und zuzugeben, daß, wenigstens für den Augenblick, ein großer Aufwand umsonst vertan ist. Aber dieses Opfer muß im Interesse der Wirtschaft gebracht werden.

Es ist ja sehr wohl möglich, daß die Wendung der jüngsten Wochen nicht von Dauer ist. Über zwei Fünftel des deutschen Banknotenumlaufs befinden sich im Ausland; wir sind also der ausländischen Spekulation ausgeliefert, und die Valuta kann ebenso rasch wieder sinken, wie sie zu steigen begonnen hat. Für diesen Fall steht der Regierung in der Ausfuhrabgabe und dem ganzen, mit ihr zusammenhängenden System der Ausfuhrüberwachung ein Apparat zur Verfügung, der gegen eine erneute Verschleuderung deutscher Waren an das Ausland in Anwendung gebracht werden kann. Dieser Gedanke möge der Regierung den Entschluß zu seiner gegenwärtigen Stillegung erleichtern.

Vor dem Eintritt der Wendung hieß das Problem: Wie verhindern wir den Ausverkauf Deutschlands? Jetzt lautet es umgekehrt: Wie machen wir es möglich, daß das Ausland bei uns kauft? Größere Gegensätze sind nicht möglich, und es wäre absurd, den so verschieden gearteten Schwierigkeiten mit dem gleichen Mittel begegnen zu wollen.

Mit einer Schärfe wie noch nie zuvor hat sich der Reichswirtschaftsminister neuerdings für die Beseitigung der Zwangswirtschaft ausgesprochen: „Kommen wir aus der Krisis heraus, so haben wir auch die Möglichkeit, mit der Zwangswirtschaft aufzuhören; an der Zwangswirtschaft hat niemand Freude."

In der Tat stehen die Erschütterungen, die wir heute erleben, aufs innigste mit dem Problem der Zwangswirtschaft in Verbindung. Die heute mit Unrecht allgemein, in der Presse, in Veröffentlichungen aller Art, von den Interessenten und von der Regierung in den Vordergrund gerückten Preis- und Währungsfragen sind nur für einen oberflächlichen Beobachter das Entscheidende und Wichtige. Die eigentlichen Ursachen unserer Wirtschaftsnot liegen tiefer. Die Preis- und Valutaschwierigkeiten bedeuten nur Symptome der wirklichen Krankheit.

Das in den Kriegsjahren entstandene krasse Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der notwendigsten Waren ist nach Beendigung des Krieges keineswegs beseitigt worden. Allgemeine Erschöpfung infolge der langjährigen Entbehrungen, Verkürzung der Arbeitszeit, unaufhörliche Streiks und politische Wirren, endlich die harten Lasten des Friedensvertrages ließen es nicht zu, daß ein Gleichgewicht wie vor dem Kriege hergestellt wurde. Der an Anarchie grenzende Zustand der Kriegsjahre wurde also beibehalten. Auf das geringe Angebot an Waren stürzte sich eine namentlich infolge der gestiegenen Löhne viel stärkere Kaufkraft. Die Bezüge aus dem Ausland brachten nur scheinbare und vorübergehende Erleichterung, denn sie mußten, mittelbar oder unmittelbar, aus der deutschen Produktivkraft bezahlt werden.

An dieser Stelle ist die Politik, die Lebensmittel durch Anspannung der Notenpresse künstlich zu verbilligen, von Anfang an scharf getadelt worden. Über 10 Milliarden ℳ sind seit Okt. 1919 für solche Zwecke ausgegeben worden. Die Regierung darf sich nicht der Illusion hingeben, daß dadurch wirklich Abhilfe geschaffen werden könnte. Die Katastrophe wird durch solche Mittel nur hinausgezögert. Kann man sich einbilden, das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf diese Weise wirklich zu beseitigen? Kein Lot an Nahrungsmitteln ist durch die Milliardenkredite mehr produziert worden. Wohl aber sind im Ausland Vorschüsse aufgenommen worden, deren Fälligwerden schon jetzt wie ein Gespenst am Horizont steht. Oder ist es etwa gelungen, durch die bessere Ernährung der Arbeiter die nationale Produktion allgemein so zu steigern, daß ein Ausgleich für jene 10 Milliarden neuen Geldes geschaffen worden ist? Doch wohl nicht. Das Volk aber wird durch solche Mittel immer tiefer in die

Täuschung gewiegt, daß es einen anderen Ausweg aus dem Elend der Gegenwart gebe, als härteste, angespannteste Arbeit und Sparsamkeit bis zur Entbehrung.

Die Wirtschaft von 1914 besteht nicht mehr. Aber Ruinen ragen aus ihr in unsere Zeit. Das sind die niedrigen Preise für eine Reihe von zwangsbewirtschafteten Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen. Diese Zwangspreise haben vielleicht den Zweck erfüllt, einen kleinen, und zwar den allerdringlichsten Teil des notwendigsten Bedarfs der Massen sicher zu stellen und so eine allmähliche Anpassung an die neuen Verhältnisse zu ermöglichen. Aber es gilt das Ziel klar zu erfassen und den Dingen auf den Grund zu gehen. Diese Zwangspreise sind Übergangs- nicht Dauererscheinungen. Einen viel wahrhaftigeren Ausdruck der Wirtschaftslage bilden die im Schleichhandel bezahlten Preise. Hier wird der vorhandene Mangel in hohen, zum Teil ungeheuerlich hohen Summen aller Welt zum Bewußtsein gebracht. Man darf allerdings nicht vergessen, daß in diesen Preisen eine Risikoprämie steckt, die in Wegfall kommt, wenn die Zwangswirtschaft verschwindet. Die in letzter Zeit erfolgte, wiederholte Heraufsetzung der Höchstpreise für die gebundenen Nahrungsmittel, z. B. für Brot, beweist, daß die Regierung dem natürlichen Lauf der Dinge auf die Dauer doch Rechnung tragen muß. Je länger sie aber wartet, desto größer wird der Abstand zwischen 1914 und heute, desto schwieriger die Schaffung eines Ausgleichs. Kein Radikalismus im Abbau der Zwangswirtschaft soll hier befürwortet werden. Aber nochmals: das Ziel muß klar sein, und der Weg zu dem Ziel neuen Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage führt allein über die Hebung der Produktion.

Der Reichswirtschaftsminister hat weiter erklärt: „Die gegenwärtige Kaufunlust kann man nicht als verderblich bezeichnen, denn sie wird am ehesten auch im Kleinhandel die Preise herabdrücken." Wir verkennen nun keineswegs, wie wichtig es ist, die Konsumenten zufrieden zu stellen, zumal diese die Masse bilden und es sehr darauf ankommt, daß die Masse ruhig bleibt. An erster Stelle müßte aber doch eine Betrachtung stehen, die die Wirkung der Kaufunlust und der ganzen gegenwärtigen Krise auf die Produktion prüfen würde. Darüber gilt es heute, sich den Kopf zu zerbrechen!

Die Kaufunlust ist im höchsten Grade verderblich, zunächst für die Unternehmer, aber schließlich auch für die Massen, wenn sie zu einer Lähmung der Erzeugung führt. Wir haben den bis zur Schamlosigkeit getriebenen Wucher der jüngsten Zeit bereits früher genügend gekennzeichnet und begrüßen es, wenn durch die Absatzkrise den unlauteren Elementen das Handwerk gelegt wird. Aber was soll geschehen, wenn die Grenze erreicht ist, wo ein weiteres Sinken der Preise ohne Gefährdung der Lebensfähigkeit unserer Unternehmungen nicht mehr möglich ist? Hier liegt das Problem. Das Sinken der Preise ist kein absolutes Ideal, wohl aber die Herstellung eines dauernden Ausgleichs von Bedarf und Erzeugung, denn dann entwirrt sich das Preischaos von selbst, und die Zwangswirtschaft hört automatisch auf.

Die Produktion wird, im Zusammenhang mit dem Abbau der Preise, erleichtert durch billigeren Bezug ausländischer Rohstoffe infolge der Besserung der Valuta. Die deutschen Hüttenwerke zahlen für ausländische Erze weniger als bisher; außerdem kommt ihnen ein Rückgang der Seefrachten zugute. Allein diese heilsamen Umstände können nicht genügend zur Geltung gelangen, weil der Friedensvertrag auf Schritt und Tritt im Wege steht. Infolge der Kohlennot sind heute auch diejenigen Unternehmungen, für die noch Absatzmöglichkeit vorhanden ist, wenn nicht zum Stillstand, so doch zur Einschränkung ihrer Produktion verurteilt. Die Kipper im Ruhrorter Hafen arbeiten fast nur noch für die Verladung zum Transport nach Frankreich. Was nützt da der Rückgang der Einstandspreise für ausländische Erze, was eine Steigerung der Kohlenförderung? Unser Schrei muß den Feinden in die Ohren gellen: Macht die Hände des deutschen Arbeitsmannes frei von den Fesseln des Friedensvertrages, wenn sie Werte schaffen sollen!

Die Situation wird durch die beschämende Tatsache grell beleuchtet, daß Deutschland, welches 1912 an der Welterzeugung von Roheisen mit 25 v. H. beteiligt war und nur noch von den Vereinigten Staaten von Amerika überflügelt wurde, heute dazu übergeht, ausländisches Roheisen und sogar Halbzeug über Luxemburg und Holland einzuführen. Trotz der Verbilligung der ausländischen Erze und trotz der zurzeit geminderten inländischen Kaufkraft, reicht infolge der ungenügenden Kohlenzufuhr die inländische Roheisen- und Halbzeugproduktion nicht einmal mehr zur Deckung des dringendsten Inlandsbedarfs aus. Namentlich kann die Verfeinerungs- und Veredelungsindustrie nur ungenügend versorgt werden. Der Verein Deutscher Rhedereien hat einen Antrag auf Einfuhrbewilligung einer erheblichen Menge amerikanischen Schiffbaumaterials nach Deutschland gestellt! Deutschland, das nach dem Zeugnis von Keynes vor dem Kriege weit mehr auf „Kohle und Eisen" gegründet war, denn auf „Blut und Eisen", das Land der Schlote und Essen, — es leidet bitteren Mangel an dem, was bei ihm Überfluß war und noch sein könnte und sollte, an Kohle und Eisen. Dies Unglaubliche ist Wahrheit geworden.

Solange dieser Zustand sich nicht ändert, ist auch nicht daran zu denken, durch verbesserte technische Methoden die Selbstkosten der Produktion herabzudrücken. Die Feinde legen die Hand auf die dazu nötigen Hilfsmittel. Wie soll z. B. die Kohle am richtigen Ort ausgenutzt werden, wenn man uns in der Auswahl der Kohlenarten durch Eingriffe in unsere Verfügungsfreiheit behindert oder wenn bei uns absoluter Mangel an Brennstoff herrscht? Woher soll man die Mittel nehmen, Versuche zu machen? Die aufs Höchste entwickelte und verfeinerte deutsche Technik beruht auf wissenschaftlicher Grundlage; die Forschungsinstitute, die Laboratorien und Versuchsanstalten der Werke verschlangen im Frieden ungeheure Summen. Woher soll unser ausgepowertes Land diese Milliarden nehmen?

Werden, — das ist die letzte, aber nicht geringste Sorge, — die Arbeiter bereit sein, aus einem stärkeren Abbau der Preise die Folgerungen zu ziehen und in Kürzung ihrer Löhne einzuwilligen, wenn die Grenze erreicht ist, wo die Selbstkosten auf andere Weise nicht mehr herabgedrückt werden können? Werden sie bereit sein, solcher Art auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Produktion und die Eindämmung der Teuerung hinzuwirken? Werden sie soviel Einsicht haben, soviel sittliche Kraft aufbringen? Nur mit schweren Zweifeln kann man diese Fragen aufwerfen!

Das sind die Probleme, die uns die jüngste Krisis der Wirtschaft stellt. „Wir können nicht anders aus der Krisis herauskommen, als daß wir die Preise in Einklang bringen mit den natürlichen Entstehungskosten der Waren", so äußerte sich der Reichswirtschaftsminister. Das ist unzweifelhaft richtig, aber es klingt einfacher als es ist; und darin liegt für viele die Gefahr einer Täuschung über den furchtbaren Ernst der gegenwärtigen Lage.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England und die Goldwährung I

Der Gebrauch goldener Münzen ist in unserem Kulturkreis mehr als zweieinhalb Jahrtausende alt. Die Goldwährung aber in ihrer entwickelten Form als ein wohlgeordnetes System goldener, barer und nicht-goldener, nicht-barer Münzen mit freiem Marktverkehr der Edelmetalle ist erst vor hundert Jahren entstanden. Ihre Ausbreitung über die Verkehrsgesellschaft der abendländischen Zivilisation hat vor kaum zwei Menschenaltern begonnen.

Als Deutschland nach dem Kriege mit Frankreich im Jahre 1871 sein Geldwesen auf neuer Grundlage zu ordnen begann, war England das einzige Goldwährungsland unter den europäischen Großstaaten; alle übrigen bewahrten die Silberwährung oder sie hielten an der bimetallistischen Verfassung des Zahlungswesens fest, die zwei Währungsmetalle kennt und es dem Entschluß des Staates anheimstellt, das goldene oder das silberne Bargeld zum Währungsgeld zu erheben, den Bewegungen des Edelmetallmarktes folgend oder sich ihnen entgegenstemmend.

Am Ende des Jahrhunderts war der Sieg der Goldwährung entschieden. Das deutsche Reich hatte als erstes das englische Vorbild, mit geringen Änderungen, nachgeahmt. Alle anderen Staaten von Belang folgten seinem Beispiel, sobald sie ihre Kräfte dafür ausreichend glaubten. Der Bimetallismus war seitdem nirgends mehr anzutreffen. Eine Art von Silberwährung behauptete sich noch in China. Alle anderen Wirtschaftsmächte bedienten sich der Goldwährung in ihrer klassischen oder in einer umgebildeten Form, bis der Weltkrieg die Grundlagen des europäischen Wirtschaftsgebäudes zerbrach und damit auch der Goldwährung den tragenden Boden entzog.

Nicht nur Deutschland und Rußland, sondern auch England und Frankreich, von Italien und Belgien zu schweigen, sind heut Papierwährungsländer. Die Kurse ihres Währungsgeldes, die unter der Herrschaft der Goldwährung in einem kaum gestörten Gleichgewicht gehalten werden konnten, bewegen sich an den Börsen des Auslandes, auf denen sie zur Ware werden, in heftigen Schwankungen auf und nieder. Wann sie ein neues Gleichgewicht erreichen werden, ist auch dem kühnsten und schärfsten Blick nicht voraussehbar. Nur dies kann gesagt werden, daß die Währungswirren nicht eher ihr Ende finden werden, als die Zerrüttung des europäischen Staatengefüges geheilt ist, durch Untergang oder Aufbau.

Bis dahin wird es das Vorrecht kolonialer Staaten und fremder Erdteile bleiben, die Währungsform zu bewahren, die seit einem halben Jahrhundert in Europa als die klassische Form der Geldverfassung betrachtet worden war und in deren Alleinherrschaft die fortschreitende Angleichung aller zivilisatorischen Staats- und Wirtschaftsgebilde ihren weithin sichtbarsten Ausdruck gefunden hatte: die Aufhebung alles Bunten, lokal und national Besonderten, Eigenwüchsigen in einem Zustand schematischer Gleichheit und scheinhafter Sekurität. Dieser Zustand der Welt wie des Geldwesens ist jetzt Vergangenheit, für eine Epoche, deren Ende das lebende Geschlecht schwerlich wird dämmern sehen. Damit wird die abgelaufene Zeit mit einem langen Blick der Überschau als Ganzes faßbar und kann gezwungen werden, dem Rede zu stehen, der nach ihrem menschlichen Sinn und nach ihren bewegenden Kräften fragt. Diese Frage aber wird jeder stellen müssen, der die Aufgaben des neuen Tages bedenkt. Das Heute wird nicht erklärt aus dem Gestern. Aber es kann seiner selbst nur an der Erkenntnis des Gestern bewußt werden.

Wenn aber die Schematisierung und Nivellierung der Geldverfassungen als Anzeichen und Folge des allgemeinen Fortschreitens im Schematisieren und Nivellieren begriffen werden kann, so ist damit noch nicht erklärt, warum es gerade die Goldwährung sein mußte, der in dieser Epoche die Herrschaft zufiel. War diese Wahl zufällig? Was sie allein bestimmt durch technische Erwägungen, die nicht in das große Gewebe des Geistes und der Schicksale verwoben sind — durch besondere Konstellationen der Edelmetallproduktion und des Metallmarkts, durch Verbesserungen der Prägetechnik und Verschiebungen des Warenhandels oder durch das was man den allgemeinen Fortschritt der Zivilisation zu nennen pflegt und was nach der herrschenden Meinung den erhabenen Auf- und Niederstieg der großen Kulturen mit ameisenhafter Geschäftigkeit und Einförmigkeit gestern wie heut begleitet?

Es kann aber unmöglich ohne Bedeutung sein, daß gerade England, die trotz mächtiger Gegenwirkungen in der Mitte Europas nicht nur die Weltpolitik, sondern auch den weltlichen Geist der Epoche führende Macht, auch diejenige Währungsform zuerst ausgebildet, am reinsten ausgeprägt und dem Rest der Welt überliefert hat, die während dieser Epoche als so kanonisch gültig erklärt worden war, daß ein auch nur leiser Zweifel an ihrem Wert als ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und Sitte betrachtet zu werden pflegte. Die technischen Möglichkeiten, die der Zeitgeist als in einer Art von Selbstzeugung begriffen meint, bedürfen ja nicht nur eines erfinderischen Intellekts, der sich ihrer bewußt wird, sondern auch eines gestaltenden Willens, der ihre Anwendung fordert. Techniken schlafen und werden vergessen, so lange kein Volk aufsteht, das ihrer bedarf, um seine Arbeit zu leisten und dessen Art sie gemäß sind. Wenn dies schon von den gewerblichen Verfahrungsweisen gilt — wie viel mehr von dem Gefüge der Geldverfassungen, die inniger als jede Einrichtung des Staates und der Wirtschaft mit der Gesamtheit ihrer Organe und Funktionen verknüpft ist?

Es ist auch nicht schwer, in der Struktur der Goldwährung Verwandtes zum Geist des englischen Menschen zu finden. Sie verringert den Eingriff des Staates in die Währung auf ein Mindestmaß; sie gewährt dem Einzelnen ein hohes Maß von Sicherheit durch Besitz von Bargeld, dessen Geltung nicht höher ist als sein Plattenwert, und von Bewegungsfreiheit im freien Verkehr mit den ausländischen Märkten; sie funktioniert in einer gleichsam vorherbestimmten Harmonie zwischen den Interessen des Einzelnen und den Interessen der Gesamtheit: indem der Einzelne seinem eigenen Vorteil folgt, tut er zugleich das, was der Volkswirtschaft als einem Ganzen am meisten frommt. Der Staat hat nicht viel mehr zu tun als die freie und gesetzmäßige Ausprägung goldener Münzen zu sichern und für die stete Einlösung aller anderen Zahlungsmittel in solche goldenen Münzen zu sorgen. Dem Einzelnen und seinem wohlverstandenen Eigeninteresse kann es überlassen bleiben, ob er Gold zur Münze bringen oder papierne Zahlungsmittel in Bargeld umwechseln will. Er wird durch sein Interesse nur dann zu solchen Entschlüssen gedrängt werden, wenn das Wohl des Landes den Zustrom oder den Abstrom von Goldgeld erheischt — so wie auch die Versorgung mit allen andern Waren am besten dem Automatismus des freien Handels überlassen bleibt. Dies alles entspricht der englischen Abneigung gegen irgend welche Eingriffe in das freie Spiel der individuellen Kräfte, gegen vorsorgende, ordnende, zentrale Politik, die nicht an jene angebliche Harmonie zwischen dem Nutzen des Teils und des Ganzen glaubt, gegen die Meinung überhaupt, das Ganze sei mehr als die bloße Summe seiner Teile.

So aber wird nicht erklärt, warum gerade das Gold von England zum Währungsmetall erhoben worden ist. Die gleiche Struktur der Geldverfassung wäre auch möglich, wenn das Silber gewählt oder neben dem Gold als Währungsmetall zugelassen worden wäre. Die Herleitung aus der englischen Eigenart macht nur verständlich, daß eine metallische Währung bevorzugt wird, nicht aber welche metallische Währung. Sollen wir annehmen, daß wenigstens diese Wahl ausschließlich technisch bedingt gewesen sei, oder ist auch sie sinnbildlich für das Wesen des englischen Menschen? Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn der Prozeß erforscht wird, der England zur Goldwährung geführt hat.

Dieser Prozeß dauert hundert Jahre, und schon das ist bezeichnend: der Übergang zur Goldwährung vollzieht sich in England nicht wie in Deutschland mit einem bewußten Entschluß, in einem deutlich umrissenen Akt der Gesetzgebung, er ist überhaupt nicht gemacht, sondern geworden. Er besteht aus einer langen Reihe einzelner Maßnahmen, die ohne logische Folge scheinen, und Unterlassungen, die nicht weniger wichtig und bezeichnend sind als jene Handlungen. Die Neuerungen scheinen jedes Plans zu entbehren und ihr Resultat bleibt schwankend und vieldeutig — bis plötzlich das langsame, planlose, widerspruchsvolle Werden das Gesicht eines sicheren Gangs zu höchst eindeutigem, von dem ausdauernden Willen einer latenten Vernunft verfolgten Ziel erhält. Dann wird mit raschem festen Zugriff dieses Ziel als endgültiger, nicht mehr zu verrückender Zustand stabiliert und der Mitwelt als klassisches Vorbild aufgedrängt.

Das ist englische Art zu handeln. Sie bestimmt den Gang der großen Politik, die in ihrem ermüdenden Zögern und ihrer jahrzehntelangen Entschlußlosigkeit ebenso sehr das Erstaunen des Kontinents erregt hat wie in dem gegen alle Erwartung nahen und sicheren Erreichen eines Zustands, auf das alles Tun und Lassen jener Zeit mit perfider Heimlichkeit und unvergleichlicher Zielstrebigkeit gerichtet zu sein schien — während es doch dem Engländer allein gemäß ist, sich so lange von den Dingen treiben zu lassen, bis es an ihm ist, den Bereich des Möglichen zu überschauen und mit hartem Zupacken zu verwirklichen. Diese Art hat auch von je den Gang der englischen Währungspolitik bestimmt. *Kurt Singer*

England

Die Tendenzen des englischen Bankwesens im Jahre 1919

Die englische Bankwelt kann mit Befriedigung auf das Jahr 1919 zurückblicken; es war für sie wirklich ein gutes Jahr. Die jetzt vorliegenden Bankbilanzen gestatten dieses Urteil. In nachstehender Tabelle bringen wir sie zusammengefaßt nach dem „Economist" zur Wiedergabe:

	1918	1919	1918	1919
Zahl der Banken	26	21	—	—
Zahl der Filialen	6285	6918	—	—
	Beträge in 1000 £		Betrag in % der Bilanzsumme	
Eingezahltes Kapital u. Reserven	92 902	106 273	5,3	5,0
Depositen	1 583 412	1 874 184	90,9	87,9
Akzepte	58 850	151 138	3,4	7,1
Kasse u. kurzfrist. ausgel. Gelder	481 220	452 755	27,6	21,3
Wechsel und Darlehen	834 668	1 129 582	47,9	53,0
Dauernde Anlagen	347 230	398 611	20,0	18,7
Bilanzsumme	1 742 724	2 137 908	100,0	100,0

Die bedeutendsten unter diesen 21 Banken sind bekanntlich die sogenannten „Big Five", deren Bilanzzahlen das folgende Bild ergeben:

	Barclays	Lloyds	London Joint County &Midld.	London County Westm. & Parrs	National-Provincial & Union Bk. of Engl.
Anzahl der Filialen	1 449	1 486	1 434	779	613
	Beträge in 1000 £:				
Eingezahltes Kapital	A 3 430	9 420	8 417	—	—
	B 5 390	—	—	8 503	7 807
Reserven	7 000	9 675	8 417	8 750	7 239
Gewinnsaldo	—	1 227	1 257	972	631
Akzepte u. Indosso.	13 588	32 079	29 014	23 704	5 968
Depositen u. Kontokorrentguthaben	296 059	324 711	371 742	304 548	251 751
Bilanzsumme	325 468	377 113	418 848	346 796	273 396
Kasse u. Guthaben b. der Bk. v. England	65 174	57 587	68 267	58 767	35 686
Kurzfristig. Außenst.	20 031	14 621	18 439	18 794	10 998
Staatsanleihen *)	53 135	66 232	64 216	59 849	48 235
Andere Effekten	9 205	9 533	3 846	5 210	5 296
Wechsel	30 253	57 491	52 889	49 351	23 944
Darlehen	130 095	135 763	178 556	128 091	140 362
Bankgebäude u. and. kleinere Posten	17 572	35 883	32 633	26 734	8 876

*) Englische Staatsanleihen, soweit getrennt aufgeführt.

Die Depositen- und Kontokorrentguthaben sind entsprechend der fortschreitenden Teuerung und Inflation — sei es als Ursache, sei es als Folge — und entsprechend der Hochkonjunktur weiter um 368 Mill. £ gestiegen. Auch das Aktienkapital der Banken ist erhöht worden, aber nicht entsprechend der Depositenzunahme und vor allen Dingen nicht entsprechend der Zunahme der Verbindlichkeiten überhaupt. Während i. J. 1890 das Verhältnis der Depositen zum Aktienkapital 18,4 % betrug, ist es 1910 auf 11,2 % gefallen, um das neue Jahrzehnt mit 5,7 gegen 5,8 % i. V. zu beginnen. Das Verhältnis zu den Gesamtverbindlichkeiten aber beträgt nur noch 5 % gegen 5,3 % i. V. Auch die Liquidität hat sich verschlechtert. In dem Geschäftsjahr 1918/19 betrug das Verhältnis von Kasse und kurzfristigen Verbindlichkeiten zu den Gesamtaktiven 27,6, im gegenwärtigen Jahr 21,3 %, bei den englischen Aktienbanken, 29 bzw. 21,4 % bei den englischen Privatbanken, die Ausweise veröffentlichen, 20,9 bzw. 20,6 % bei den schottischen, und 32,3 bzw. 26,3 % bei den irischen Banken. Im Verhältnis zu den Depositen dasselbe Bild: 1918/19 bei den englischen Banken 30,4, 1919/20 24,1 %, bei den schottischen 23,1 bzw. 22,8 %, bei den irischen 35 bzw. 28,2 %. Es ist also ein nicht unerheblicher Rückgang in der Liquidität zu beobachten. Dieser muß noch erheblicher sein, als es aus den Bilanzen hervorgeht, denn das Window dressing (Schaufenster ausputzen oder zu deutsch: Frisieren der Bankbilanzen zum Januartermin) wird trotz aller Propaganda noch eifrig betrieben. Der Rückgang der kurzfristig ausgeliehenen Gelder ist zum Teil darauf zurückzuführen: die Banken haben, um größere Kassabestände aufzuweisen, die der Börse geliehenen Gelder gekündigt. Darüber hinaus haben, soweit man sehen kann, die Banken ihre Kassenbestände durch Aufnahme von Geld im Geldmarkt und durch Nichterneuerung fällig werdender Schatzwechsel anschwellen lassen. In welchem Umfang dies geschehen, läßt sich natürlich nicht erkennen. Für die Beurteilung der Bankbilanzen ist dies letztere natürlich ein störender Faktor *), während das erstere auf unsere Liquiditätsberechnung keinen Einfluß

*) Soweit die Schatzwechsel nicht (s. u.) als Diskonten gebucht werden.

ausübt. Obschon die festen Anlagen einen Rückgang von 1 % im Verhältnis zu den Gesamtaktiven aufweisen, sind sie in ihrer Gesamtheit doch um 51 Mill. £ bei den englischen Aktienbanken, nicht ganz 1 Mill. £ bei den englischen Privatbanken, 18 Mill. £ bei den schottischen, fast 12 Mill. £ bei den irischen Banken, insgesamt um 82,3 Mill. £ gestiegen. Die Zeichnung auf die Fundierungsanleihe und Victory Bonds, auf die die Banken nach Ausführung von Mr. Chamberlain im Parlament 111 Mill. £ aus eigenen Mitteln gezeichnet haben, dürfte die Ursache hierfür sein. Im ganzen sind aber entsprechend dem Wiederaufblühen von Handel und Industrie die Banken in erhöhtem Umfang zum eigentlichen Gebiet ihrer Tätigkeit zurückgekehrt. Die gewaltige Zunahme unter der Rubrik Diskonten und Vorschüsse, die für die englischen Aktienbanken allein 35,3 % = 294,9 Mill. £ beträgt (für die Privatbanken 28,8 % = 7,1 Mill. £, für die schottischen 14,2 % = 16 Mill. £, für die irischen 44,9 = 21,3 Mill. £, insgesamt 33,3 % = 341,3 Mill. £), ist zwar an sich nicht beweisend, denn viele Banken buchen noch immer Schatzwechsel als Diskonten statt als feste Anlagen; bedenkt man aber, daß die Regierung den Markt nicht mehr so stark in Anspruch genommen hat, wie in den früheren Kriegsjahren, und bedenkt ferner die Zunahme des Akzeptgeschäfts, so wird man in der Annahme bestärkt, daß ein erheblicher Teil dieser kurzfristigen Anlagen tatsächlich Wechsel darstellen dürften, die der neu aufblühende Handel zu liefern beginnt. In der Tat, ist die Zunahme des Akzeptgeschäfts der englischen Banken die erfreulichste Erscheinung in allen Geschäftsberichten. Die Akzeptverbindlichkeiten der englischen Banken sind um 92,5 Mill. £, die der schottischen um 2,75 Mill. £ gestiegen, nur die Akzeptverbindlichkeiten der irischen Banken sind um etwa ¼ Mill. zurückgegangen (eine Folge der nationalen und sozialen Unruhen dieses Landes), doch bedeutet die Gesamtzunahme mit 95 Mill. £ eine Steigerung um nicht weniger als 150 % gegen das Vorjahr.

Hochkonjunktur, angespannte Finanzen und Inflation sind die Kennworte, die man diesen Bankbilanzen an die Spitze schreiben könnte; drei Worte, die für die Banken gleichbedeutend sind mit großen Gewinnen. Ihre ganz erstaunliche Höhe, insbesondere für die englischen Banken ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle, die die Gewinne und die Dividenden der letzten 12 Jahre zusammenstellt (in 1000 £):

Aktienbanken:	Englische		Schottische		Irische	
	Nettogewinn	Dividende	Nettogewinn	Dividende	Nettogewinn	Divid.
1908	7 743	6904	1737	1396	969	846
1909	7 454	6722	1773	1438	958	848
1910	8 241	6761	1780	1437	989	837
1911	8 214	6818	1797	1458	1007	807
1912	9 124	6884	1870	1468	1054	761
1913	10 377	6939	1885	1437	1101	760
1914	9 121	6697	1907	1352	1105	750
1915	9 829	6288	1938	1189	1226	712
1916	10 735	5938	2015	1108	1103	639
1917	11 678	5916	2127	1075	1193	616
1918	12 579	6106	2250	1074	1402	662
1919	14 640[1])	7014	2388	1086	1428	690

Es erhellt aus ihr einerseits, daß die schottischen und irischen Banken, letztere aus den schon angegebenen Gründen an dem Aufschwung nicht in dem Maße haben teilnehmen können, wie die englischen, ferner aber auch, daß diese die Gewinne zum erheblichen Teil nicht ausgeschüttet haben, vielmehr wurden sie in der Hauptsache (3,4 Mill. £) zu Abschreibungen auf feste Anlagen verwandt. Die Reserven erhielten weniger als im Vorjahr, (2,1 Mill. £) auf Bankgebäude wurden wie im Vorjahr rund ¾ Mill. abgeschrieben. Bonifikationen an Beamte stiegen um rund 12 %.

[1]) Der „Economist" schreibt 24 640, doch ergibt die Addition, daß es sich um einen Druckfehler handeln muß.

Die Bankaktien haben trotz dieser erhöhten Gewinne den allgemeinen Preissturz an der Effektenbörse mitmachen müssen. Der Durchschnittskurs der an der Londoner Börse notierten englischen Bankaktien stand Ende April mit 282 um 29 Punkte niedriger als am gleichen Termin i. V., oder 88 % des Kurses von 1909. Bedenkt man jedoch, daß die Konnsols mit 47 einen Kurs von nur 55 % d. J. 1909 innehatten, so ist das bezeichnend für die gegenwärtige Bewertung der Staatspapiere und Bankaktien.

So weit die Bilanzen. Was die Tätigkeit der Banken betrifft, so ist die Fusionierung, die im vorletzten Jahr bekanntlich zu einem staatlichen Eingriff führte, allem Anschein nach zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Das abgelaufene Jahr weist Fusionen großen Umfangs nicht mehr auf; dagegen sind kleine Banken weiter durch große Häuser aufgesogen worden. Im April 1919 erwarb die Barclays Bank die beiden Privatfirmen von Gillet & Co. in Oxford und Banbury. Im August übernahm die National Provincial and Union Bank of England die Sheffield Banking Co., im Herbst des gleichen Jahres ließ die Liverpool and Martins Bank die Halifax Commercial Banking Co., Cocks, Biddulph & Co., und die Palatine Bank in sich aufgehen. Im September ging die West Yorkshire Bank in die Hände der Lloyds über, und am Ende des Jahres wurde eine Fusion zwischen der National Provincial and Union Bank of England und Coutts & Co. vereinbart. Auch mit schottischen Banken haben zwei der „Big Five" Interessengemeinschaften durchgeführt. Soweit die wichtigsten Vorgänge auf diesem Gebiet.

Dagegen ist die Tendenz das Überseegeschäft auszubauen, weiter stark zur Geltung gekommen; vor dem Kriege wurde dieser Geschäftszweig des englischen Bankwesens fast ausschließlich durch Fremdbanken (insbesondere deutsche) oder Handelshäuser betrieben. Die großen Banken waren höchstens durch Agenturen im Ausland vertreten. So lag das Valuta- und Devisengeschäft fast ganz in nicht-englischer Hand. Das ist anders geworden. Heute werden fast alle Zweige des Bankgeschäfts in England durch englische Häuser betrieben, die großen Aktienbanken spielen dabei eine erhebliche Rolle. Die London Joint City and Midland Bank ist dabei die einzige, die noch keine überseeischen Filialen besitzt, sondern sich auf auswärtige Geschäftsverbindungen stützt. Die anderen Banken sind weiter gegangen: Die London County Westminster and Parr's hat zwei eigene Filialen in Belgien, drei in Spanien, und durch die Pariser Tochtergesellschaft fünf in Frankreich, ferner ist sie durch eine Interessengemeinschaft mit der Royal Bank of Canada verbunden. Lloyds Bank und die National Provincial and Union Bank haben vermittelst ihrer gemeinschaftlichen Gründung der London and National Provincial Foreign Bank sieben Filialen in Frankreich, zwei in Belgien, eine in Zürich und eine in Köln, während Lloyds Bank ein bedeutendes Interesse an der National Bank of New Zealand, der London and River Plate Bank und der Bank of British West Africa erworben hat. Endlich hat sie eine Beteiligung zugleich mit der British Trade Corporation an der South Russian Banking Agency Ltd. Die National Provincial arbeitet in enger Gemeinschaft mit der London and Brazilian Bank. Barclays Bank hat kürzlich ferner die Majorität der Aktien der Anglo-Egyptian Bank erworben, und auch die Ernennung zweier ihrer Direktoren zu Aufsichtsräten in der Banque de Commerce in Antwerpen bedeutet eine enge Liierung auch mit diesem Institut. Barclays sind ferner mit Cox & Co. eng liiert, die ihrerseits acht Filialen in Frankreich unterhalten, eine in Algier und eine in Köln,

ferner mit der Colonial Bank, die Filialen in New York, Westindien, British Guiana und Westafrika besitzt. Die neuere Gründung der British Overseas Bank hat eine Filiale in Warschau unter dem Namen Anglo-Polish Bank of Warsaw errichtet. An dieser Gründung waren fünf Depositen- und drei Überseebanken beteiligt, und haben dadurch gezeigt, daß auch sie neben den „Big Five" ihren Anteil am Welthandel beanspruchen. Die British Trade Corporation, das bekannteste Institut, das diese Art des Geschäfts betreibt, geht weiter zwar energisch, aber anscheinend nicht unbedingt erfolgreich, vor. In der Generalversammlung klagte der Vorsitzende über die schwierigen Verhältnisse im Nahen Osten, dem Haupttätigkeitsgebiet dieses Unternehmens. Besonders die Filiale in Batum, das inzwischen von den britischen Truppen aufgegeben wurde, hat darunter gelitten. Weitere Filialen befinden sich in Belgrad und Danzig. Die letztgenannte beabsichtigt den polnischen Handel an sich zu reißen. Ein Erfolg ist zweifellos die Übernahme der National Bank of Turkey gewesen, deren Depositen wohl durch die nunmehr erlangte Kreditfähigkeit des Instituts sich fast versiebenfacht haben (Ende 1919 5,4 Mill. £ gegen 800 000 £ Ende 1918). Über die anderen Unternehmungen (Trade Insurance Co., Levant Co. usw.) konnte in der Generalversammlung nicht viel Lobenswertes gesagt werden, wie ja überhaupt die neue Gründung gleich zu Beginn ihres Lebens die außerordentlichen Gefahren des Auslandsgeschäfts, denen sich jetzt auch die anderen englischen Banken bewußt unterziehen, im vollen Umfang zu kosten hat. Die magere Dividende von 8 s (i. V. 5 s) je 10 £ share (4 %) drückt dies am besten aus.

Dr. Th. Plaut

Persien

Der russische Krieg — Die deutschen Interessen. Wiederherstellung des deutschen Ansehens in Asien

Die Ereignisse in Persien, — grell beleuchtet durch die Belagerung des deutschen Konsulats in Täbris und den mannhaften Tod des Vertreters des Deutschen Reiches, der durch seine Haltung das Ansehen Deutschlands in wundervoller Weise in Asien aufrecht erhalten hat — gewinnen immer mehr an Bedeutung. Nicht nur die Existenz des persischen Staates steht auf dem Spiel — es handelt sich bei diesen verwickelten inneren Kämpfen und Kriegen um weit mehr: Um Rußlands Zukunft in Asien und nicht zuletzt um Großbritanniens Weltstellung. Seit Ausbruch der russischen Revolution glaubte England nun allein in Persien schalten und walten zu können. Der mächtige russische Einfluß schien beseitigt: die russische Regierung anullierte im Frühjahr 1918 den englisch-russischen Vertrag über die Einteilung Persiens in zwei Interessensphären, sowie alle anderen Verträge, die die Unabhängigkeit des persischen Volkes beeinträchtigten. Als dann noch Deutschland im Herbste 1918 zusammenbrach, dünkte England sich Sieger und alleiniger Herr in Mittelasien. Die Engländer rückten bis ans Kaspische Meer vor, besetzten Täbris und schließlich sogar Enzeli und glaubten nun schrankenlos die „friedliche Durchdringung" Persiens vollenden und langsam auf eine Annexion hinarbeiten zu können. Nicht mit Unrecht sah man in London in der Beherrschung Persiens eine der Haupterrungenschaften des Krieges, die reife Frucht, die nicht durch englische Bemühungen, sondern durch den Zusammenbruch der Anderen Britannien von selbst in den Schoß fiel. Das neue englisch-persische Abkommen, welches einer Art von Protektorat gleichkam, wurde nun allerdings von Amerika ziemlich heftig angefochten, wurde auch von Frankreich lebhaft kritisiert, blieb aber doch bestehen. Der Einspruch Amerikas hatte praktisch keine andere Bedeutung, als daß die Vereinigten Staaten sich sichtbar von den mittelasiatischen Angelegenheiten zurückzogen und England, wenn auch grollend, das Feld überließen. So schien es denn, als sei dieses Land, dreimal größer als Frankreich, mit seinen unermeßlichen Bodenschätzen und einer Bevölkerung von über 15 Millionen Einwohnern reif zum, wenn auch vorläufig verschleierten, englischen „Protektorat", nach dem Vorbilde des ägyptischen. Die Friedenskonferenz hat den englischen Absichten keinen Riegel vorgeschoben; die persische Denkschrift blieb ungehört. Auch der „Völkerbund" zeigte bisher kein Interesse für das unglückliche Land. Keine der Bitten der persischen Regierung wurde berücksichtigt, so bescheiden sie an und für sich auch waren. Persien bat um Räumung von den Fremden, d. h. englischen Truppen, um Aufhebung der einseitigen Verträge und wirtschaftlichen Einengungen, um Aufhebung des Systems der Kapitulationen, um eine Anleihe, die von politisch bedrückenden Bedingungen frei bleiben sollte, und um die Aufnahme in den Völkerbund. Vergebens.

Nun kommen die Russen als letzte Hilfe gegen die Unterdrücker. Schon seit etwa einem Jahr machte sich der russische Einfluß, in völlig anderer und tatsächlich demonstrativ sichtbarer uneigennütziger Form geltend, — wenn ein eigener Zweck dem russischen Interesse für Persien auch zugrunde liegen mochte.

Um Denikin, den erfolgreichsten General der Gegenrevolution, der seinen Stützpunkt im Kaukasus und am Kaspischen Meere hatte, erfolgreich bekämpfen zu können, verfiel die Sowjetregierung darauf, die Mohammedaner für den Bolschewismus zu gewinnen. Dies gelang in über Erwarten ausgedehntem Maße. Heute kann die russische Regierung, Herrin des Kaukasus und des Kaspischen Meeres, mit Hilfe des Bolschewismus auf die Mohammedaner Rußlands sowohl wie diejenigen Turkestans, Chivas und Bucharas zählen. Es ist notwendig daran festzuhalten, daß die Rolle des Bolschewismus hierbei eine untergeordnete ist. Der Islam holt sich die Hilfe naturgemäß dort, wo er sie haben kann. Die Russen haben erklärt, sie würden die Freiheit der Völker Mittelasiens achten; sie haben alle Verträge der zaristischen Regierung annulliert, sie haben feierlichst erklärt, die alte Politik der Unterdrückung der Mohammedaner und besonders der Vernichtung der Unabhängigkeit des persischen Volkes nicht wieder aufzunehmen. Sie nahten nun als Freunde des Islam, als Verbündete aller Unterdrückten und als Feinde der europäischen, d. h. englischen Kapitalisten. Nur durch die Unterstützung, die der russische Vormarsch in Persien durch das Volk selbst erfährt, ist sein großer Erfolg zu erklären. Man muß es anerkennen, daß die Sowjetregierung ebenso großzügig wie weitsehend vorgeht. Wenn sie auch nominell einen Krieg mit der persischen Regierung führt, so kann sie doch der Unterstützung tatkräftiger persischer Parteien sicher sein und braucht dank dem Nimbus, den der neugeprägte asiatische Bolschewismus besitzt, nicht zu befürchten, daß man in ihrem Vorgehen irgendwelche eigennützigen Absichten wittert. Jetzt handelt es sich um die Bekämpfung Englands, des Feindes des Islams und seiner Ausbeu-

tungsmethoden, — wenn das Resultat, wie anzunehmen ist, eine freundschaftliche Anlehnung Persiens an Rußland bedeutet, dann kann dies für beide Teile nur von Nutzen sein. Wirklich unabhängig und selbständig dazustehen ist Persien offenbar nicht imstande. Die Selbständigkeit Persiens wird jedenfalls so lange illusorisch sein, wie dieses reiche Land den Boden zur Austragung des russisch-englischen Gegensatzes wird abgeben müssen. Das russische Vorgehen bedeutet, gesehen im Zusammenhange der weltpolitischen Interessen, nur die Fortsetzung der alten russischen Politik mit anderen Mitteln — diesmal mit Hilfe des Bolschewismus. Persien kann dabei, ebenso wie der Islam überhaupt, sehr viel gewinnen, wenn auch nicht abzusehen ist, welche Folgen die Anwendung dieses Mittels der sozialen Aufwühlung zeitigen dürfte. Jedenfalls ist das geschichtliche Wunder geschehen, daß der Unterdrücker und Aussauger von gestern als Freund und Befreier wiedergekehrt ist. Die persische Kosakenbrigade, ehedem den Russen todfeind, ist nun zu ihnen übergegangen. Und der Islam schließt sich den Russen immer enger und entschlossener an. Zumal keine andere Hilfe gegen England und Frankreich, die Zertrümmerer des Reiches des Khalifen zu finden ist. Deutschland, einstens der beste Freund des Islam, liegt ja zu Boden. . . .

Tatsächlich scheint es vorläufig so, als sei Deutschlands Stellung in Mittelasien vernichtet. Der Friedensvertrag erwähnte die deutschen Interessen in Persien nicht, dafür enthielt aber der englisch-persische Vertrag vom 9. 8. 19 eine Bestimmung, die wie Konsul Litten mit Recht annimmt, gegen uns gerichtet ist. England verspricht seine Mitwirkung bei der Erstattung von Schäden, die durch die Anwesenheit von nicht zur Entente gehörigen Truppen, also türkischen und deutschen, angerichtet seien. „Der Beschlagnahme deutscher Werte in Persien ist natürlich Tür und Tor geöffnet, wenn erst ein persischer Anspruch gegen Deutschland konstruiert ist," fügt Litten in richtiger Erkenntnis der englischen Absichten hinzu. (S. das vorzügliche Buch: Persien. Von der „Penetration pacifique zum Protektorat" von W. Litten.)

Dieser Politik und dieser Situation gegenüber konnte der deutsche Konsul in Täbris garnicht anders handeln, als daß er sich mit allen Kräften dafür einsetzte, das moralische Prestige des Reiches zu wahren, — denn nach dem Ansehen des deutschen Vertreters dürften die Perser die Macht und Bedeutung des Deutschen Reiches bewerten. Dazu kommt noch, daß die Auslieferung der Flüchtlinge im englischen Interesse lag, denn es soll sich ja um persische sog. Bolschewisten gehandelt haben. Gewiß ist unsere Stellung zu den Kämpfen in Persien eine neutrale. Gleichgültig kann es uns aber dennoch nicht sein, welchen Ausgang dieser Krieg nimmt, denn ein englisches „Protektorat" würde aller Erfahrung nach — die in dem persisch-englischen Abkommen erneute Bestätigung findet — das Ende der deutschen Interessen in Persien bedeuten. Diese sind nicht unerheblich; es waren Anfänge, denen eine große Zukunft bevorstand. Die in Persien bestehenden sehr gut renommierten deutschen Apotheken sichern Absatz für pharmazeutische Artikel, ebenso Chemikalien und Farbstoffe.

Zur Einfuhr nach Persien kämen auch Massenartikel in Betracht, die besonders billig angeboten werden müßten, da die amerikanische Konkurrenz stark ist: z. B. verzierte Gewehre, Waffen, starke alkoholische Getränke, Uhren u. dergl. m. Auch Maschinen, Kraftwagen, Geschirre, Wagen, landwirtschaftliche Geräte und -Maschinen erster Qualität, die die amerikanischen Lieferungen ausstechen, könnten Absatz finden. (Siehe auch „Schiffahrtszeitung", Nr. 10, wo in einem Aufsatz über die Aussichten des deutschen Imports in Persien diese als lohnend bezeichnet werden.)

Der Reichtum an Bodenschätzen ist beinahe unschätzbar, weil kaum erkundet und angerührt. An der Südostküste des Kaspischen Meeres befindet sich ein Ölfeld, das den Anglo-Persischen Ölfeldern wohl an Größe nicht nachstehen dürfte. Kupfer, Blei und Silber befindet sich in abbauwürdigen Mengen in den Bergen des Hodiplakans. Es sind auch Kohlenvorkommen festgestellt worden. Die Türkisenlager in der Provinz Rhozasan sind gleichfalls nur ungenügend ausgebeutet, so daß der Höchstbetrag noch keine 5000 £ im Jahre betrug.

Aber ganz abgesehen davon, ob es dem deutschen Handel mit Hilfe der in Persien bereits eingeführten Firmen und der dortigen deutschen Kolonie gelingt, wieder festeren Fuß zu fassen — unser Interesse in Mittelasien ist zu allgemein und zu groß, als daß es nicht verlohnt, diesen Ländern besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Litten sagt in seinem erwähnten vorzüglichen Buche, das getragen ist von warmer Liebe für Volk und Land Persien, es scheine ihm als sei jetzt erst der Augenblick gekommen, „wo der seelische Zustand weiterer Kreise in Deutschland und vielleicht auch im Auslande sie empfänglich macht für die persische Frage." D. h. für die Aufgabe, die der wahrhafte Europäer in den Ländern hat, wo er bisher meist nur als gierig Erwerbender und Erobernder auftrat, wo er die Wunden des Volkes nur immer weiter aufriß und sich von der Uneinigkeit und dem Elend der Bewohner besondere Vorteile versprach. Kein Land hat von der „friedlichen Durchdringung" der Europäer, vornehmlich der Engländer und Russen, so zu leiden gehabt wie Persien. „Beide Staaten, Rußland und England . . . hatten etwas Gemeinsames in ihrer Politik: nicht an die Entwicklung, an die Reform oder die Wiederaufrichtung Persiens zu denken. Rußland bedauerte durchaus nicht die Unruhen in Persien. . . . England sah ohne Bedauern, wie sich in diesem Pufferstaat eine günstige Anarchie immer weiter verlängerte . . ." (Litten.) So kam Persien aus dem Zustande völliger Anarchie, Zerrüttung und Verkümmerung seiner an natürlichen Schätzen so reichen Wirtschaft nicht heraus. Deutschland, das Persien von je wohlwollend gegenüberstand, war zu wenig und wirtschaftlich zu schwach interessiert um wirklich helfen zu können, bis es im Weltkrieg es versuchte „dem Todkranken das Schwert in die Hand zu drücken und den Fiebernden mit Hilfe von Reizmitteln auf die Füße zu stellen." Jetzt sollte dies anders sein.

Wir wissen es nun, was es heißt, einen Sieger im eigenen Lande schalten und walten zu sehen — wie es uns jetzt geht, schreibt Litten, so ging es Persien seit Jahrzehnten. Und so geht es jetzt auch dem russischen Volke. Gleiche Schicksale schaffen Gemeinsamkeit. Diese innere, gefühlte Gemeinschaft ringt nach einem Ausdruck, verlangt ihr Recht und ihre Geltung. Darum sollte selbstverständlich sein, daß der deutsche Handel, der sich nun erneut den Weg in die Welt zu bahnen hat, sich hiervon beseelt fühlt und überall, wo es angängig ist, mithilft, die Wunden, die die Europäer schlugen, zu heilen. In Persien ist sicherlich viel zu holen — aber wohl nur auf dem Wege des Verständnisses mit seinen Bewohnern, im Interesse des Landes wie der Deutschen, nicht als Konzessionsjäger und Ausbeuter, sondern als tatkräftig Aufbauende, verständnisvoll Helfende. Der Islam hat viel von uns erhofft. Wir haben ihn nicht nur in der Türkei, sondern auch in Persien — Konsul Litten beweist dies — oft recht gründlich mißverstanden und ihm bisweilen direkt geschadet. Wir haben keine Aussicht, uns in fernsten Landen durchzusetzen, wenn wir nicht ein Ende machen mit den Europäerunarten und anders wie die meisten

von diesen, als Freunde auftreten. Dies sei unsere Politik, die zielbewußt zu treiben die Aufgabe jedes Deutschen sein muß der Verbindungen mit fernen Ländern, zumal den bisher Mißhandelten und Unterdrückten sucht. So erwächst dem deutschen Handel eine neue Bestimmung, so in dieser Gesinnung entsteht eine neue Verbindung zwischen Außenpolitik und Wirtschaft, deren Träger jede Firma und jeder Deutsche ist, der es mit dem Auslande zu tun hat. Je gebundener die Hände der deutschen Regierung sind, je weniger unsere auswärtigen Vertretungen erreichen können, um so verantwortungsvoller und gewichtiger wird das Auftreten jedes Deutschen in fernsten Ländern sein. Es gilt das Ansehen des Deutschen Reiches, wie des Deutschen überhaupt und so gewinnt die oft mißbrauchte und geschändete Aufgabe der moralischen Eroberung neue Bedeutung. Was in Persien zu leisten sein wird, gilt auch anderswo — gilt überall, wo unsere natürlichen Verbündeten leben: die gleich uns von sich allmächtig dünkenden Fremden bekriegten, ausgesogenen und versklavten Völker und Staaten.

Dr. Hans von Eckardt

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg 15. 6. ℳ	Berlin 15. 6. ℳ	Amsterdam 15. 6. fl	Zürich 15. 6. fr
Amsterdam, 100 fl...	1475,—	1468,50	—,—	198,60
Barcelona, 100 Pesetas	675,—	669,30	45,60	91,10
Berlin, 100 ℳ	—,—	—,—	6,80	13,30
Brüssel, 100 fr.....	326,25	324,65	22,15	44,—
Budapest, 100 K	—,—	22,22	—,—	—,—
Buenos Aires 100 Pes.	—,—	—,—	—,—	235,—
Helsingfors, 100 FM.	196,25	184,80	—,—	—,—
Kopenhagen, 100 Kr.	686,25	686,80	46,80	94,—
Kristiania, 100 Kr...	720,—	714,30	49,—	98,—
London, 1 £.....	161,—	160,30	10,94	21,70
Madrid, 100 Pesetas.	675,—	669 30	45,60	91,10
New York, 1 $	40⅞	40,62	2,77¾	5,51
Paris, 100 fr	308,75	309,70	21,15	42,—
Prag, 100 K	87,—	88.15	—,—	12,15
Rom, 100 Lire	235,—	228,25	15,30	30,95
Stockholm, 100 Kr ..	887,50	889,10	60,15	120,—
Wien, 100 K.... neu	27⅜	27,08	1,75	3,70
Zürich, 100 fr	741,25	739,25	50,30	—,—

	Wien 15. 6. K	Prag 15. 6. K	Paris 14. 6. fr	London*) 12. 6.	New York 12. 6. $
Amsterdam, 100 fl	5875,—	—,—	477,—	10,97	—,—
Berlin, 100 ℳ ..	420,—	115,25	33,25	154,50	2,49
Kopenhagen, 100 Kr	2400,—	—,—	—,—	—,—	—,—
London, 1 £ ...	—,—	—,—	52,21	—,—	3,88¾ 60 Tg.
New York, 1 $..	—,—	—,—	13,22½	3,94	—,—
Paris, 100 fr	—,—	—,—	—,—	52,—	7,61
Wien, 100 K ...	—,—	26,50	—,—	—,—	—,—
Zürich, 100 fr ..	2790,—	—,—	240,—	—,—	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

15. 6.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark.....	−80,21	−89,23	−83,41	−87,34	—
Dt.-österr. Krone	−96,53	−96,48	—	—	—
Französ. Frank.	−55,94	−58,—	−36,46	−51,39	—
Pfund Sterling .	− 9,66	−14,06	+29,30	+ 0,02	—
Dollar	+11,64	+ 6,37	+60,32	+24,66	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	4. 6.	11. 6.
Alexandrien	97/16 d pari	97½ d pari
Bombay/Kalkutta	2 s 1¼ d—2 s 1⅜ d	2 s 0 d—2 s 0¼ d
Hongkong	4 s 1 d	3 s 8 d
Schanghai	5 s 7 d—5 s 10 d	4 s 9 d—5 s 0 d
Singapore.....	2 s 3¾ d—2 s 4 d	2 s 3¾ d—2 s 4 d
Yokohama	2 s 6½ d—2 s 7 d	2 s 6¾ d—2 s 7 d
Montevideo T.T.....	60 d—60⅜ d	59⅛ d—60 d
Rio de Janeiro	—	15 13/32 d
Buenos Aires T.T.....	59 d—59⅛ d	58⅜ d—58⅝ d
Valparaiso 90 T.	11⅞ d	11 15/32 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Im englischen Unterhause teilte ein Vertreter der Regierung mit, daß am 12. 5. durch das englische Clearingamt die erste Serie britischer Forderungen an das von Deutschland nach dem Friedensvertrage errichtete Clearingamt abgesandt sei. Es handelt sich um 34 806 Forderungen. („Industrie- und Handelszeitung", Nr. 109 v. 22. 5. 20.)

Um die Einfuhr von Noten der Österreichisch-Ungarischen Bank einer schärferen Kontrolle zu unterziehen, verfügte das deutsch-österreichische Staatsamt für Finanzen, daß die Einfuhr von Banknoten der Österreichisch-Ungarischen Bank, ob abgestempelt oder nicht (somit auch deutsch-österreichisch gestempelte Noten), nur mit besonderer Genehmigung der Devisenzentrale gestattet ist. Im Einreiseverkehr ist die Einbringung von 2000 K deutsch-österreichisch gestempelter Noten je Kopf gestattet. Die tschecho-slowakischen Staatsnoten und die jugoslawischen Kronen-Dinarnoten können uneingeschränkt eingeführt werden. („Industrie- und Handelszeitung", Nr. 118 v. 3. 6. 20.)

Laut Erlaß des österreichischen Staatsamts der Finanzen hat am Sonnabend, dem 8. 5., die Ausgabe der neuen deutsch-österreichischen Tausend-Kronen-Noten begonnen. („Industrie- und Handelszeitung", Nr. 100 v. 11. 5. 20.)

Die Ein- und Ausfuhr der Vereinigten Staaten an Gold in der Zeit vom 1. 8. 14 bis 10. 4. 20 zeigt folgende Übersicht (in 1000 $):

	Einfuhr	Ausfuhr	Mehr-Einfuhr	Mehr-Ausfuhr
1920[1])	74 841	144 433	—	69 592
1919	76 534	368 185	—	291 651
1918	61 950	40 848	21 102	—
1917	553 713	372 171	181 542	—
1916	685 745	155 793	529 952	—
1915	451 955	31 426	420 529	—
1914[2])	23 253	104 972	—	81 719
Summe	1 927 991	1 217 828	1 153 125	442 962

[1]) Vom 1. 1. bis 10. 4. 20. [2]) Vom 1. 8. bis 31. 12. 14.

Infolge der großen Mehrausfuhr der letzten Zeit haben die Vereinigten Staaten fast ein Drittel des während des Krieges eingeführten Goldes abgegeben. („Wall Street Journal", Nr. 98 v. 29. 4. 20.)

Die Bundes-Reserve-Bank in New York hat, nachdem sie kürzlich eine Erhöhung ihrer Diskontsätze vorgenommen hatte, diese der Steigerung der Raten am offenen Markt folgend, nochmals erhöht, für 15 tägige Handelspapiere von 6 auf 7 %, für Warenpapiere auf 6 %. („Frankf. Ztg.", Nr. 397 v. 1. 6. 20.)

Die japanische Goldreserve ist seit Dezember 1919, wo sie ihren Höchststand mit 2057 Mill. Yen erreichte, bis Ende März auf 1871 Mill. Yen zurückgegangen. Die japanische Regierung hat in der letzten Zeit den Wechselbanken größere Mengen Edelmetall überlassen müssen, um die seit Januar d. J. stark passive Bilanz des japanischen Außenhandels auszugleichen. („Industrie- und Handels-Ztg.", Nr. 126 v. 12. 6. 20.)

Nach einer Drahtmeldung der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen ist der dänische Valutarat am 4. d. M. aufgehoben worden. Der Valutahandel ist gegenwärtig somit freigegeben. („Industrie- und Handels-Ztg.", Nr. 121 v. 6. 6. 20.)

Ein Erlaß der portugiesischen Regierung bestimmt, daß Goldzahlungen von öffentlichen Ämtern ohne vorherige Einwilligung des Finanzministeriums untersagt sind. („Frankf. Ztg.", Nr. 397 v. 1. 6. 20.)

Nach einer Bekanntmachung des Wiederaufbauministers vom 25. 5. 20. hat sich Portugal innerhalb der gesetzten Frist nicht für das Ausgleichsverfahren entschieden. Für Schulden und Forderungen ist nunmehr der unmittelbare Abrechnungsverkehr zulässig. („Dtsche. Allg. Ztg.", Nr. 256 v. 1. 6. 20.)

Nach einer Mitteilung des rumänischen Finanzministers soll die Währung vereinheitlicht werden, indem Kronen und Rubel aus dem Verkehr gezogen werden. Im Januar liefen 1½ Milliarden K und 500 Mill. Rbl um, Ende April waren 4,35 Milliarden K und 1,7 Milliarden Rbl im Um-

lauf. Der gesetzliche Notenumlauf der Nationalbank ist am 7. 2. 20 um 266 Mill. auf 9,366 Milliarden erhöht worden und dürfte um 200 Mill. monatlich erhöht werden. („Auslands-Nachrichtendienst", Nr. 8 v. 17. 5. 20.)

Die indische Regierung hat mit den Goldbergwerksgesellschaften vom 15. 5. ab für ein Jahr einen Kontrakt geschlossen, nach dem sie das Recht hat, die gesamte Goldproduktion der indischen Bergwerke oder auch einen Teil derselben zum Londoner Marktpreise zu kaufen. Der Tageskurs wird in Anrechnung gebracht, und das Gold muß in der Münze in Bombay abgeliefert werden. Wird der Kontrakt einen Monat vor Ablauf nicht gekündigt, so läuft er stillschweigend ein weiteres Jahr. („Weltwirtschaftl. Nachr.", Nr. 248 v. 20. 5. 20.)

Staatsanleihen

Durch Gesetz vom 4. 6. 20 ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, einen Kredit bis zu 18,1 Milliarden ℳ aufzunehmen, um die aus der Übernahme der Staatseisenbahnen erwachsenden Verbindlichkeiten zu erfüllen. („Reichs-Gesetz-Blatt" Nr. 127, S. 1139.)

Auf die innere polnische Staatsanleihe von 6 Milliarden poln. ℳ werden österreichische Kriegsanleihen, die in Polen registriert sind, bis zu 25 % des Zeichnungspreises in Zahlung genommen, und zwar zum seinerzeitigen Ausgabekurse der Kriegsanleihen, zuzüglich der rückständigen Zinsscheine, die voll vergütet werden. Die Umrechnung in poln. ℳ erfolgt zum Kurse von 0.70. („Industrie- und Handels-Ztg.", Nr. 110 v. 23. 5. 20.)

Der tschecho-slowakischen Nationalversammlung wurde ein Gesetzentwurf über eine vierte Staatsanleihe vorgelegt. Diese Anleihe soll das Budgetdefizit decken und Mittel zum rechtzeitigen Ankauf von Getreide beschaffen. („Deutsche Allg. Ztg.", Nr. 262 v. 4. 6. 20.)

Nach einer Mitteilung des rumänischen Finanzministers betragen die Kriegsschulden 30 Milliarden Lei, wovon 10 Milliarden für eigentliche Kriegszwecke verwendet wurden. — Auf die Ende März aufgelegte innere Anleihe von 2 Milliarden wurden bis zum 22. 4. 1250 Mill. Lei gezeichnet. Zur Bezahlung von 50 in Philadelphia gekauften Lokomotiven ist die Regierung ermächtigt, für 3 250 000 $ 6 % Schatzanweisungen auszugeben, die in 5 Jahren rückzahlbar sind. („Auslands-Nachrichtendienst", Nr. 8 v. 17. 5. 20.)

Bei dem französischen Konsulat in Yokohama konnte man in der Zeit vom 1. bis 20. 3. d. J. eine 5 % französische Anleihe zeichnen. Der Betrag der Anleihe war nicht beschränkt. Der Ausgabekurs war 100, und zwar mußte der volle Betrag gleich bei der Zeichnung eingezahlt werden. Die Rückzahlung soll innerhalb 60 Jahren auf Grund jährlich einmal erfolgender Auslosung zum Kurse von 150 % des Nominalbetrages stattfinden. Die Zinsen der Anleihe sind von Einkommensteuer befreit. („Industrie- und Handels-Ztg.", Nr. 103 v. 15. 5. 20.)

Neugründungen und Kapitalserhöhungen im Mai 1920.

Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbegruppen	Neugründungen: Akt.-Kap. in 1000 ℳ	Neugründungen: Ausgabekurs in %	Kapitalserhöhungen: in 1000 ℳ	Kapitalserhöhungen: Ausgabekurs in %
Dtsch. Hand.- u. Plant.-Ges. d. Südsee-Inseln	Hamburg	Plantagen	—	—	250	100
Jaluit-Gesellschaft ...	„	„	—	—	250	100
Gallus A.-G. f. industr. Geflügelzucht.....	Erding	Tier- u. Geflügelz.	—	—	100	100
Ann. Gußstahlw. A.-G.	Annen	Erzbergwerk u.	—	—	1100	125
Capito & Klein A.-G..	Benrath	Hüttenbetriebe	—	—	2000	100
Deutscher Eisenhandel A.-G.....	Berlin	„	—	—	6000	200
Stahlw. Mannheim....	Mannheim	„	—	—	1600	115
Ver. Stahlwerke v. d. Zypen & Wisserner	Köln	„	—	—	6000	105
Warsteiner Gruben- u. Hüttenwerke A.-G..	Warstein	„	—	—	5000	[1]
A.-G. Braunschw. Kohlenbergwerk.....	Helmstadt	Kohlenbergbau, Koks, Torf usw.	—	—	6040	115
Braunkohlenabbau-Verein z. Fortschritt	Meuselwitz	„	—	—	924	100
Braunkohlen- u. Brikettwerk. Roddergr. A.-G.	Brühl	Kohlenbergbau, Koks, Torf usw.	—	—	15000	100
Essener Steinkohlenbergwerk A.-G.	Essen	„	—	—	15000	120
Magdebg. Bergw. A.-G.	Magdeburg	„	—	—	4000	100
A.-G. Georg Egestorff Salzw. u. chem. Fab.	Hannover	Salz- u. Kalibergwerk	—	—	6000	128
Deutsche Solvay Werke A.-G.....	Bernburg	„	—	—	40000	100
Solnhofer Akt.-Verein	München	Marmor, Basalt	—	—	850	120
A.-G. Joh. Jeserich ...	Berlin	Zement, Asphalt	—	—	2650	120
Bonner Bergw.- u. Hütt.-ver. A.-G. zu Zementf.	Bonn	„	—	—	900	150
Breitenburg. Portland-Cement-Fabr.....	Lägerdorf	„	—	—	1750	125
Deutsche Asphalt A.-G.	Hannover	„	—	—	500	110
Lothringer Portland-Cement-Werke	Karlsruhe	„	5000	100	—	—
Portland Cementwerke Heidelbg., Mannheim usw. A.-G.	Heidelberg	„	—	—	2000	[2]
Sächs. Thür. Portland-Cement-Fabrik.....	Göschwitz	„	—	—	2000	162
Westdeutsche Kalkwerke A.-G.	Köln	„	—	—	1500	100
Porzellanfabrik C. M. Hulschenreuther...	Hof	Porzellanfabr.	—	—	1000	[3]
Porzellanfabr. Kahla..	Kahla	„	—	—	5000	120
Porzellanf. Rauenstein vrm. Greiner & Söhne	Rauenstein	„	—	—	500	120
Porzellanf. Ph. Rosenthal & Co., A.-G. ..	Selb	„	—	—	3000	130
Porzellanf. Tettau A.-G.	Tettau	„	—	—	500	100
Porzellanfab. Tirschenreuth A.-G.....	Tirschenreuth	„	—	—	1250	110
H. Schomburg A.-G. .	Großdubran	„	—	—	500	100
Deutsche Spiegelglas A.-G.....	Kl. Freden	Glas-, Spiegelf.	—	—	3000	150
A.-G. f. Schriftgießerei u. Maschinenbau ...	Offenbach	Metallverarbtg.	—	—	1000	100
Fritz Andree & Co. A.-G.	Berlin	„	—	—	750	109
H. Berthold, Messinglinienfabr. u. Schriftgießerei A.-G.	„	„	—	—	2000	160
Berlin-Borsigw. Metallwerk Löwenbg. A.-G.	Borsigwald	„	—	—	2000	105
Bing-Werke, vm. Gebr. Bing A.-G.	Nürnberg	„	—	—	5025	155
Brem. Silberwarenfab. A.-G.....	Bremen	„	—	—	60	100
Dtsch. Gußstahlkugel- u. Masch.-Fab. A.-G.	Schweinfurt	„	—	—	4000	[4]
Eisenwerk Phönix A.-G.	Haiger	„	200	100	—	—
„Frankonia" A.-G. vormals Albert Frank..	Beierfeld	„	—	—	2000	100
R. Frister A.-G.....	Berlin	„	—	—	3000	125
Hallesche Röhrenwerke A.-G.	Halle	„	—	—	600	109
Hannov. Schrauben- u. Mutternfab. A.-G.	Wunstorff	„	1000	100	—	—
Hein, Lehmann & Co. A.-G., Eisenkonstr., Brück.- u. Signalbau	Berlin	„	—	—	300	100
Metall- und Lackierwarenfabrik	Ludwigsbg.	„	—	—	450	110
Osnabr. Metallw. A.-G.	Osnabrück	„	—	—	700	[5]
Paradiesbettenfabr. M. Steiner & S. A.-G.	Düsseldorf	„	—	—	1200	110
Radeb. Guß- u. Emaill.-Werke, vm. G. Gabler	Radebeul	„	—	—	400	109
Riebe Werke A.-G. ..	Berlin	„	300	100	—	—
Schillerwerke Godesberg A.-G.....	Godesberg	„	—	—	1100	100

[1] Vorzugsaktien zu 100 %.

[2] Vorzugsaktien zu 100 %. [3] Vorzugsaktien zu 100 %. [4] 3 000 000 ℳ zu 125 %, 1 000 000 ℳ Vorzugsaktien zu 100 %. [5] 480 000 ℳ zu 110 %, 220 000 ℳ zu 100 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbegruppen	Neugründungen Akt.-Kap. in 1000 ℳ	Neugründungen Ausgabekurs in %	Kapitalserhöhungen in 1000 ℳ	Kapitalserhöhungen Ausgabekurs in %
Stanz- u. Emaillierwerke A.-G.	Lübeck	Metallverarbtg.	—	—	1500	110
Ver. Deutsche Nickelwerke A.-G., vorm. Westf. Nickelwalzw.	Schwerte	„	—	—	6000	125
Ver. Flanschenfabr. u. Stanzwerke A.-G.	Regis	„	—	—	1200	115
Ver. Kapself. Nackenh.	Nackenheim	„	—	—	630	107
A.-G. vorm. Frister & R.	Berlin	Maschinen, Apparate, Armatur.	—	—	393	100
Allg. Gieß.- u. Masch'f. A.-G. Art. Lenz & Cie.	Düsseldorf	„	50	100	—	—
Apparate-Bau- u. Vertriebs-A.-G.	Hamburg	„	—	—	300	100
Armaturen- u. Masch.-Fabrik A.-G., vorm. J. A. Hilpert	Nürnberg	„	—	—	2250	110
Benz & Cie., Rhein. Automobil- u. Motorenfab.	Mannheim	„	—	—	11000	107
Braunschweigische Maschinbauanstalt	Braunschweig	„	—	—	2400	130
Bühring A.-G.	Landsberg	„	—	—	200	100
Colinger Eisengieß. u. Maschinenfabr. A.-G.	Castendorf	„	300	100	—	—
Deutsche Landwirtschaftsmaschin. A.-G.	Berlin	„	10000	100	—	—
Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. Carl Weyer & Co.	Düsseldorf	„	—	—	4500	120
Eisenwerk L. Meyer junr. & Co. A.-G.	Harzegerd.	„	—	—	2000	100
Eisenwerk (vorm. Nagel & Kaemp) A.-G.	Hamburg	„	—	—	400	110
Eisenwerk Wülfel	Hannover	„	—	—	836	100
H. Fuchs, Waggonfabrik A.-G.	Heidelberg	„	—	—	4000	110
Gasmotorenfabr. Deutz	Köln	„	—	—	3998	105
Gothaer Waggonfabrik A.-G.	Gotha	„	—	—	5000	120
Oscar Köhler, A.-G. für Mechanik-Industrie	Berlin	Industrie d. Maschin., App. usw.	—	—	300	100
Linke-Hoffmann-Werke A.-G.	Breslau	„	—	—	16000	145
Lippische Werkstätten A.-G.	Detmold	„	—	—	1000	110
Locomotivfabrik Krauß & Co A.-G.	München	„	—	—	3000	125
Maschinenf. Humboldt	Köln	„	—	—	6000	105
Maschinenfabrik J. E. Christoph A.-G.	Niesky	„	—	—	600	125
Maschinenf. Eßlingen	Eßlingen	„	—	—	4000	[6]
Maschinen- u. Armaturenfb. vorm. C. Louis Strube A.-G.	Magdeburg	„	—	—	326	118
Maschinen- und Kranbau A.-G.	Düsseldorf	„	—	—	3000	100
Nationale Automobil-Gesellschaft A.-G.	Berlin	„	—	—	8500	100
Obrima-automatische Waagenbau A.-G.	München	„	—	—	900	108
Preßluftwerkzeug- und Maschinenbau A.-G.	Bremen	„	4000	100	—	—
Rockstroh-Werke A.-G. (Masch.-F. Rockstroh & Schneider A.-G.)	Heidenau	„	—	—	1250	108
Sächsische Werkzeugmaschinenfbr. Bernhard Escher A.-G.	Chemnitz	„	—	—	700	100
Unionwerke A. G., Maschinenfabrik	Mannheim	„	—	—	3000	118
Ver. Jaeger-, Rothe- & Siemens-Werk. A.-G.	Leipzig	„	—	—	4000	110
Waggonfabrik A.-G.	Görlitz	„	—	—	6000	100
Fritz Werner A.-G.	Berlin	„	—	—	1000	[7]

[6] Vorzugsaktien zu 100 %. [7] Vorzugsaktien zu 100 %.

(Fortsetzung folgt.) *Fab. Landau*

Schiffahrt und Schiffbau

Protektionistische Schiffahrtspolitik der Vereinigten Staaten I

Wer den schiffahrtspolitischen Erörterungen der amerikanischen Tages- und Fachpresse der letzten Zeit gefolgt ist, kann nicht im Zweifel sein, daß die Regierung der Vereinigten Staaten im Begriff steht, eine Schiffahrtspolitik zu inaugurieren, die alle Merkmale eines ausgesprochenen Protektionismus tragen wird. Die Erkenntnis, daß die als Kriegsschöpfung entstandene, mit unverhältnismäßig hohen Bau- und Betriebskosten belastete und mit einem zum Teil mangelhaft ausgebildeten Personal arbeitende amerikanische Handelsflotte sich im Wettbewerb mit anderen Flaggen nur behaupten kann, wenn sie nachdrückliche staatliche Förderung erfährt, hat drüben an Boden gewonnen. Von einer direkten Subventionierung, gegen die sich ein heftiger Widerstand im Lande erheben würde, scheint man absehen zu wollen. Dagegen werden zahlreiche andere Maßnahmen erörtert, die auf eine Begünstigung der heimischen Flagge abzielen und von denen manche bereits ihren Niederschlag in Gesetzentwürfen, die den Kongreß beschäftigen oder beschäftigen werden, gefunden haben. Zurzeit steht die Jones Bill im Mittelpunkt schiffahrtspolitischer Diskussion. Sie ist das Ergebnis umfassender Beratungen, die das Committee on Commerce des Senates seit November vorigen Jahres unter Zuziehung zahlreicher Sachverständiger und Vertreter der verschiedensten Interessentenkreise gepflogen hat. Der Entwurf, der schließlich von einem Neunerausschuß unter Vorsitz des Senators Jones formuliert und dem Hause unterbreitet wurde, ist neueren Nachrichten aus Washington zufolge aus den Verhandlungen des Senats ohne wesentliche Änderung hervorgegangen und es ist mit einiger Bestimmtheit anzunehmen, daß er auch im Repräsentantenhaus eine Mehrheit finden wird. Bei der grundlegenden Bedeutung, die dem Entwurf zukommt — in ihm erhalten die Richtlinien der künftigen amerikanischen Schiffahrtspolitik ihre gesetzliche Fixierung — sollen seine wichtigsten Bestimmungen hier kurz wiedergegeben werden:

Die Bill erklärt, daß die Vereinigten Staaten sowohl zur nationalen Verteidigung wie für ihren wachsenden Außenhandel einer leistungsfähigen Handelsflotte bedürfen, die im Besitz und unter Leitung privater amerikanischer Reeder den größeren Teil des überseeischen Güterverkehrs des Landes zu bewältigen imstande sei. Die Politik der Vereinigten Staaten müsse darauf gerichtet sein, alles zu tun, was zur Erreichung dieses Zieles nötig sei.

Vor allem empfiehlt der Entwurf eine Neuorganisation des Schiffahrtsamtes und seiner Befugnisse. Das Amt soll künftig aus sieben (bisher fünf) Mitgliedern bestehen, von denen je zwei von den Staaten an der atlantischen und pazifischen Küste und je einer von den Staaten am mexikanischen Golf, an den großen Seen sowie den Innenstaaten gewählt werden. Das Amt ist berechtigt und verpflichtet, die in seinem Besitze befindlichen Schiffe so bald, wie es tunlich

erscheint, an Private zu verkaufen. Es soll dabei handeln wie ein kluger Kaufmann und unnötige Verluste nach Möglichkeit vermeiden. Ein Zeitraum, innerhalb dessen alle staatlichen Schiffe verkauft sein müssen, wird nicht bestimmt. Der Verkauf von Schiffen an Fremde ist erlaubt, indessen soll das Amt in jedem Falle sich von der Zweckmäßigkeit eines solchen Verkaufes überzeugen und seine Gründe für die Erteilung der Verkaufserlaubnis ausführlich darlegen. (Dies Verkaufsrecht an Fremde ist nachträglich auf Schiffe unter 6000 t dw beschränkt worden. Größere Schiffe sollen nur, wenn sie über 10 Jahre alt sind, an Ausländer verkauft werden können.)

Das Amt soll weiter berechtigt und verpflichtet sein, zu bestimmen, welche Überseelinien zur Förderung des amerikanischen Außenhandels und zur Aufrechterhaltung des notwendigen Postdienstes einzurichten sind. Es soll diese Linien so schnell wie möglich ins Leben rufen und zwar, wenn irgend angängig, als Dienste privater Reedereiunternehmungen, andernfalls als staatliche Betriebe. Bei Überweisung oder Verkauf von Schiffen für den Dienst auf solchen Linien sind Bewerber zu begünstigen, die von an der einzurichtenden Verbindung interessierten Kommunen oder von Reedereien unterstützt werden, die bereits einen Dienst in der betreffenden Richtung unterhalten.

Für die Postbeförderung auf solchen Linien werden vom Schiffahrtsamt und dem Postmaster-General gewisse Entschädigungen vereinbart. Wo bereits ein regelmäßiger Postdienst zu festen Sätzen besteht, soll er weitere Gültigkeit haben, solange dies vom geschäftlichen Standpunkt und im öffentlichen Interesse richtig erscheint. Die Post der Vereinigten Staaten muß, wo immer es angängig ist, auf Schiffen befördert werden, die auf heimischen Werften gebaut sind.

Das Amt ist verpflichtet, die Verkehrsverhältnisse im Hinterland jedes Hafens genau zu studieren und die Güterbewegung so zu lenken, wie es am zweckmäßigsten erscheint, um jedem Hafen seinen natürlichen Anteil an dieser Bewegung zu sichern. Alle Docks, Piers, Lagerhäuser, Anlegestellen, die während des Krieges auf Anordnung des Präsidenten geschaffen worden sind, werden der Kontrolle des Schiffahrtsamtes unterstellt, das sie, soweit sie nicht für die Kriegsmarine gebraucht werden, der Handelsschiffahrt nutzbar zu machen hat.

Aus den Erträgnissen der Schiffsverkäufe und Schiffsbetriebe ist während eines Zeitraumes von fünf Jahren ein Baufonds zu bilden, der für den Bau neuer Schiffe von besonders leistungsfähigem Typ, für die Einrichtung notwendiger Linien und für den Bau von Schiffen, die besonderen Häfen dienen sollen, heranzuziehen ist, falls private Unternehmungen den Bau solcher Schiffe ablehnen. Der Fonds soll den Betrag von 50 Mill. $ nicht überschreiten.

Die vom Schiffahrtsamt verkauften sowie die mit der Postbeförderung betrauten Schiffe übernehmen die Verpflichtung, Zöglinge für den seemännischen Beruf einzustellen. Zahl, Dienst und Entlohnung dieser Zöglinge werden vom Schiffahrtsamt bestimmt.

Das Amt hat nicht nur Verfügungen zur Ausführung der Vorschriften dieses Gesetzes zu erlassen, sondern ist auch berechtigt, Bestimmungen zu treffen, durch die zugunsten der heimischen Schiffahrt etwaigen allgemeinen oder besonderen Bedingungen begegnet wird, die durch fremde Gesetze und Verordnungen oder durch Wettbewerbspraktiken fremder Reeder geschaffen werden. Ist das Amt überzeugt, daß Schiffe unter fremder Flagge gewissen Verladern Rabatte oder Vorzugsbehandlung, wie sie die Shipping Act verbietet, gewähren und zeigt es dem Secretary of Commerce dies an, so ist dieser verpflichtet, die Schiffe und alle mit ihnen in Verbindung stehenden Schiffe nach Anhörung ihrer Eigentümer oder Vertreter so lange von den Häfen der Vereinigten Staaten auszuschließen, bis sie diese Geschäftsmethoden unterlassen.

Betreffs der Küstenschiffahrt wird bestimmt, daß das während des Krieges erlassene Gesetz, das im Ausland gebaute Schiffe zur amerikanischen Küstenfahrt zuläßt, wieder aufgehoben wird. Nur den wenigen im Ausland gebauten Schiffen, die völlig im Besitz amerikanischer Bürger sind, und den dem Schiffahrtsamt gehörigen, an amerikanische Bürger zu verkaufenden ausländischen Schiffen soll Beteiligung an der amerikanischen Küstenfahrt erlaubt sein, so lange sie amerikanisches Eigentum sind. Die auf die Küstenfahrt bezüglichen Gesetze erhalten innerhalb eines Jahres nach Erlaß dieses Gesetzes auch für den Verkehr mit den Kolonien der Vereinigten Staaten Gültigkeit.

Soll ein Schiffahrtsunternehmen als amerikanisch angesehen werden, so müssen, falls es in der Küstenfahrt tätig ist, 100 % seines Kapitals und, falls es Überseefahrten betreibt, 75 % in amerikanischen Händen sein.

Die Steuern aus übermäßigen Betriebsgewinnen der heimischen Schiffe sollen für die Dauer von zehn Jahren nicht in den Staatsschatz fließen, sondern für den Bau neuer Schiffe auf heimischen Werften verwandt werden.

Der Schatzsekretär, der Sekretär des Handels und der Vorsitzende des Schiffahrtsamtes sind berechtigt, von Zeit zu Zeit festzustellen, in welchem Umfange Abschreibungen vom Werte der verkauften staatlichen Schiffe oder der seit November 1915 gebauten privaten Schiffe zulässig sind, um die Besitzer hinsichtlich dieses Punktes mit ihren ausländischen Konkurrenten annähernd gleichzustellen.

Alle Schiffe des Schiffahrtsamtes sollen durch das amerikanische Bureau of Shipping klassifiziert werden. Assekuranzgesellschaften oder andere Seeversicherungs- oder Rückversicherungsunternehmungen fallen nicht unter die Antitrustgesetze, wenn sie gewisse Vorschriften zur Verhinderung unfairer Wettbewerbsmethoden beachten.

Die Seemannsakte ist in einigen wesentlichen Punkten zu erweitern. Der Schiffsmann eines ausländischen Schiffes soll das Recht haben, von seinem Kapitän künftig die Auszahlung der Hälfte seiner verdienten Heuer zu fordern, sobald das Schiff in irgend einem amerikanischen Hafen Anker wirft. Diese Bestimmung wird, so meint der Entwurf, wahrscheinlich wirksam dazu beitragen, die Heuer der fremden Schiffe auf die gleiche Höhe mit den amerikanischen Lohnsätzen zu bringen; denn der fremde Seemann kann sein Schiff verlassen und der Kapitän wäre gezwungen, einen Ersatzmann zur amerikanischen Heuer anzumustern. Ferner soll ein besonderer Gerichtshof für Vergehen auf See geschaffen werden. Endlich wird noch die Bestimmung der Seemannsakte, daß der amerikanische Seemann Vollmatrose werden kann, wenn er ein Jahr Fahrzeit aufweist und ein Examen ablegt, den von seiten der Seeleute erhobenen Einwendungen entsprechend modifiziert.

Eine der wichtigsten Vorschriften der Bill ist, daß Ausfuhrgüter, die zu Vorzugstarifen befördert werden, in amerikanischen Schiffen versandt werden müssen. (Der Entwurf weist darauf hin, daß diese Maßnahme die gleiche ist, mit der Deutschland, Japan und andere Länder die Entwicklung ihres Exporthandels und ihrer Schiffahrt begünstigt hätten). Frachtvereinbarungen

zwischen amerikanischen Eisenbahnen und fremden Schiffahrtsgesellschaften sind unzulässig.

Der Präsident soll verpflichtet sein, innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, alle Verträge zu kündigen, die das Recht der Vereinigten Staaten, besondere Gebühren oder Tonnengelder der fremden Einfuhr oder den fremden Schiffen aufzuerlegen, beschränken. Dadurch würden die Vereinigten Staaten in bezug auf ihre Handelsmarine frei und in den Stand gesetzt, Gesetze zu erlassen, wie sie für die Förderung ihrer Schiffahrt nötig sind.

A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Baumwolle

Bremen. Nach dem Jahresbericht der Bremer Baumwollbörse wurden in der Zeit vom August 1919, als die Einfuhr wieder einsetzte, bis Jahresschluß 196781 Ballen nach den Weserhäfen eingeführt. Die Umsätze sind im Vergleich zu früherer Zeit nicht groß gewesen, allein es konnte doch der Bedarf des Inlandes der Regel nach voll befriedigt werden. Nachdem am 16. 8. 19 eine Revision der Standards amerikanischer und ostindischer Provenienzen durch die Kommission für Standards im Beisein von Spinnermitgliedern stattgefunden hatte, wurden die Arbitrationen nach den alten Bremer Standards und die Arbitrationen von Linters und Baumwollabfällen auf dem Probenzimmer wieder aufgenommen. Ein neuer Gebührentarif, der den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt, ist in Kraft getreten.

Wolle

Weltproduktion. Die Erzeugung aller Länder gibt das New Yorker „Journal of Com." nach dem Quarterly Bull. of the National Association of Wool Manufactures mit rund 2893,8 Mill. lbs an. Davon entfallen auf:

Ver. Staaten (1919)	314,2	Österreich-Ungarn	41,6
Brit. Nordamerika	15,0	Frankreich	50,0
Mexiko	6,5	Griechenland	16,0
Nordamerika zus.	335,7	Deutschland	25,6
Mittelamer. u. Westind.	0,75	Italien	21,5
Argentinien	315,0	Portugal	6,5
Brasilien	35,0	Rußland in Europa	320,0
Chile	26,0	Spanien	52,0
Peru	9,4	Türkei u. Balkan	90,5
Falklands Inseln	3,2	England (1918)	118,1
Uruguay	90,0	Übriges Europa	30,0
Übriges Südamerika	5,0	Europa zus.	771,8
Südamerika zus.	483,6	Britisch Indien	60,0
Algier	33,18	China	50,0
Brit. Südafrika (1918)	100,39	Persien	12,1
Tunis	3,73	Rußland in Asien	113,3
Übriges Afrika	13,0	Türkei in Asien	90,0
Afrika zus.	150,30	Übriges Asien	1,0
Austral. u. Tasman. (1918)	617,0	Asien zus.	326,4
Neuseeland	208,0	Sonst. Produktionsgeb.	0,1
Australasien zus.	825,0	Welt	2893,84

Seide

Weltproduktion 1919. Während die Nachfrage auch im letzten Jahr sehr lebhaft war, blieb die Erzeugung dagegen zurück. Infolgedessen gingen die Preise, die anfänglich nachzulassen schienen, im Laufe des Jahres weiter bedeutend in die Höhe. Ende 1919 waren sie ungefähr dreimal so hoch wie 1918 und etwa sechsmal so hoch wie im Frieden. Die Vereinigten Staaten, die unter den Seide verbrauchenden Ländern der Welt an erster Stelle stehen, führten 1919 17 Mill. kg Rohseide ein; das sind 5 Mill. kg mehr als 1913. Die Welterzeugung betrug nach den Statistiken der bekannten Lyoner Firma Chabrière, Morel & Cie. in 1000 kg:

	1917	1918	1919
Westeuropa zusammen	3245	3160	2230
Frankreich	205	240	185
Italien	2820	2695	1850
Spanien	70	75	70
Österreich	85	85	75
Ungarn	65	65	50
Vorder- und Mittelasien	1040	1040	800
Ferner Osten zusammen	22480	21291	20905
China (Shanghai)	4580	4871	3900
China (Kanton)	2345	1650	2300
Japan	15445	14655	14600
Indien	105	110	100
Indochina	5	5	5
Welterzeugung	26765	25491	23935

Reis

Britisch-Indien. Der Wert der Ausfuhr betrug lt. „I. M." in 1000 £:

	1913/14	1917/18	1918/19
Insgesamt	17739	13873	15450
Davon nach Ceylon	3298	3326	3258
„ „ Straits Settlements	1915	1712	2091
„ „ England	1130	3103	1670
„ „ Japan	1079	277	1270
„ „ Österreich-Ungarn	1370	—	99
„ „ Holland	2026	52	34
„ „ Deutschland	2096	—	—
„ „ Belgien	1370	—	—

Hongkong. Die Reiseinfuhr betrug lt. „Com. Rep." 1919 635202 tons gegen 1147312 in 1918.

Kakao

Weltproduktion. Das Verhältnis von Erzeugung und Verbrauch gestaltete sich nach den Ermittlungen des „Gordian" in den letzten Jahren folgendermaßen (in 1000 t):

	1919	1918	1917	1916	1915	1914
Welternte	431,1	272,8	342,8	295,5	292,0	276,1
Weltverbrauch	383,1	315,9	328,4	270,4	315,1	262,9

Von der errechneten Zunahme der Welternte 1919 gegen 1918 mit rund 160000 t entfallen allein mindestens 110000 t auf die Goldküste, deren Ausfuhr 1918 nur 67400, 1919 dagegen 175000 bis 180000 t betrug. Die Zunahme dürfte darauf zurückzuführen sein, daß noch erhebliche Restbestände aus älteren Ernten verschifft wurden. An der Zunahme des Weltverbrauchs um 70000 t ist Holland mit 35—40000 t beteiligt. Deutschland nahm etwa 10—15000 t auf, Belgien etwa 8000. Die Weltvorräte, die Ende 1917 114000 t betrugen und 1918 auf 72200 t gesunken waren, betrugen Ende 1919 120000 t ohne die sehr bedeutenden Vorräte in den Vereinigten Staaten.

Vanille

Die Erzeugung von Rohvanille auf Madagaskar und einigen Inseln im südwestlichen Indischen Ozean gibt ein amerikanischer Konsulatsbericht (Com. Rep. 1920 Nr. 66) für die Saison 1919/20 mit 1137997 lbs an. Davon entfallen auf: Madagaskar mit Comoren-Inseln und Nossi-Bé 936937, Mauritius 2646 und Reunion 198414 lbs. Die Erzeugung auf den Seychellen-Inseln wird für 1919 auf 6614 lbs bearbeitete Vanille geschätzt.

Elfenbein

Nach dem Jahresbericht der bekannten Londoner Maklerfirma Hale & Son wurden auf den vierteljährlichen Auktionen der letzten Jahre folgende Mengen angeboten (tons):

	1917	1918	1919
Zanzibar, Bombay, Mozambique u. Siam	19¾	10	13
Ägyptisches Elfenbein	56½	33	52¾
Westküsten und Mittelafrika	46¼	45¾	24¼

Außerdem wurden noch kleinere Mengen abessinisches Elfenbein verkauft, die nicht in die obengenannten Zahlen eingerechnet sind.

Auf der Auktion vom 27. 1. 20 kamen nur 25¾ tons zum Angebot und auch zum Verkauf. Die Preise zogen weiter an. Die Vorräte betrugen Ende Januar 67¼ tons.

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer, Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.